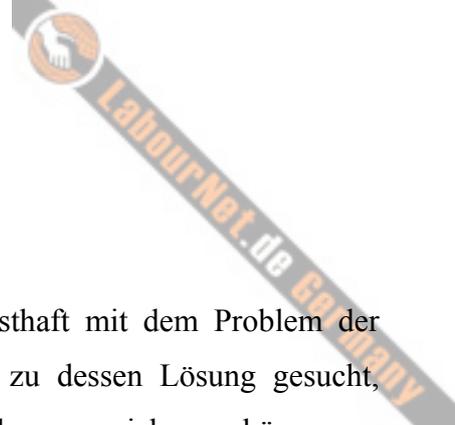


**Armut in einem reichen Land - Thesen zum Buch**

1. Zu keinem Zeitpunkt hat sich die (west)deutsche Gesellschaft ernsthaft mit dem Problem der sozialen Ungleichheit auseinandergesetzt und nach Möglichkeiten zu dessen Lösung gesucht, sondern die Armut meistens ignoriert, negiert oder relativiert, um ihm ausweichen zu können.
2. Da praktisch sämtliche Bevölkerungsschichten im Nachkriegsjahrzehnt unter den Zerstörungen, sozialen Verwerfungen und materiellen Entbehren litten, lag es nahe, weniger die gesellschaftlichen Interessengegensätze als die gemeinsamen Zukunftsängste zu betonen. Massenelend, Wohnungslosigkeit und Hungersnot wurden selten als Folge der Klassenspaltung, überkommener Herrschaftsverhältnisse oder ungleicher Verteilungsrelationen, sondern als von den Alliierten oktroyierte und von der Bundesregierung nicht zu beeinflussende Kriegslast betrachtet.
3. In dem nur durch leichte konjunkturelle Rückschläge unterbrochenen Wirtschaftsaufschwung ging die Massenarmut zurück, wenngleich sie nie verschwand. Je mehr Bevölkerungsgruppen im Laufe des relativ stetigen Wirtschaftsaufschwungs wenn auch zum Teil unterdurchschnittlich am gesellschaftlichen Wohlstand beteiligt wurden, umso weniger Aufmerksamkeit fand die Armut der übrigen. „Armut“ entwickelte sich aus einem *Reizwort* im Kalten Krieg während der hierzulande besonders stark ausgeprägten Prosperitätsperiode mehr und mehr zu einem politischen *Unwort*.
4. Die (west)deutsche Soziologie verzichtete darauf, sich mit dem Problem auseinanderzusetzen. Da man weder von der Bundesrepublik als Klassengesellschaft noch über die Gesellschaftsklassen sprechen wollte, schwieg man auch über die Armut. Kaum hatte die Kennzeichnung der westdeutschen Ökonomie als „Soziale Marktwirtschaft“ dem Nachkriegskapitalismus ein positives Image verliehen, schuf Helmut Schelsky 1953 mit der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ jene Legitimationsformel, die Öffentlichkeit, Politik und Parteien übernahmen.
5. Erst im Gefolge der Rezession 1966/67 einerseits sowie der Schüler- und Studentenbewegung bzw. der Außerparlamentarischen Opposition (ApO) andererseits wurde die Armut in der Bundesrepublik wieder wahrgenommen, wenn auch meist als Problem von Randgruppen: Drogenabhängigen, Bettler(inne)n und Obdachlosen.
6. Nach der Bildung einer sozial-liberalen Koalition unter Führung Willy Brandts im Herbst 1969 schien die Gefahr der Verarmung größerer Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer Reformen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik gebannt zu sein, denn mit dem „Modell Deutschland“ (SPD-Wahlslogan) verband sich die Zielsetzung einer größeren Verteilungsgerechtigkeit.
7. Dies änderte sich während der Weltwirtschaftskrise 1974/75, die zu einem Kurswechsel in der Sozialpolitik führte: Durch zahlreiche Leistungskürzungen und eine Verschärfung der Anspruchsvoraussetzungen wollte man die öffentlichen Finanzen konsolidieren und die privaten Investitionen stimulieren, förderte damit jedoch die Armut. Die von Bundeskanzler Kohl



- verkündete „geistig-moralische Wende“ brachte für sozial Benachteiligte weniger Unterstützung, mehr Missbrauchsvorwürfe an und einen stärkeren (Kontroll-)Druck der zuständigen Behörden.
8. Während der 80er-Jahre vollzog sich in der Bundesrepublik eine Spaltung zwischen Beschäftigten und Erwerbslosen, deren Schlechterstellung zuerst im Gewerkschaftsbereich registriert und als „neue Armut“ etikettiert wurde. Auch im etablierten Wissenschaftsbetrieb blieb das Anwachsen der Armut nicht ohne Echo, und die Zahl einschlägiger Veröffentlichungen nahm zu.
  9. Ulrich Beck sprach in seinem 1986 erschienenen Buch „Risikogesellschaft“ von einem sozialen „Fahrstuhl-Effekt“, der Bevölkerungsschichten „*insgesamt* eine Etage höher gefahren“ habe. Während am Beginn der Bundesrepublik ein „kollektiver Aufstieg“ gestanden habe, seien die 80er-Jahre von einem „kollektiven Abstieg“, einem „Fahrstuhl-Effekt *nach unten*“ gekennzeichnet. Dabei übersah der Münchner Soziologe allerdings, dass ein *Paternoster-Effekt* dominiert: In demselben Maße, wie die einen nach oben gelangen, geht es für die anderen nach unten.
  10. Durch den Zusammenschluss von BRD und DDR bekam die Armut in Deutschland ein anderes Gesicht. Sie verlagerte sich stärker nach Osten, wohingegen das Altbundesgebiet von einem „Vereinigungsboom“ profitierte. Die neue Armut war ein Strukturproblem, das (in seiner ganzen Brisanz) entweder nicht erkannt oder bewusst negiert wurde.
  11. In ihrer Koalitionsvereinbarung vom Oktober 1998 versprachen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Bekämpfung der Armut zum Schwerpunkt ihrer Regierungspolitik zu machen. Wer gehofft hatte, die rot-grüne Koalition werde eine ganz andere Sozialpolitik als ihre Vorgängerin machen und die Armen davon profitieren, sah sich jedoch getäuscht.
  12. Hartz IV sollte nicht nur durch Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und Abschiebung der Langzeitarbeitslosen in die Wohlfahrt den Staatshaushalt entlasten, sondern auch durch Einschüchterung der Betroffenen mehr „Beschäftigungsanreize“ im Niedriglohnbereich schaffen.
  13. Seit der Begriff „Bildungsarmut“ in die deutsche Fachdebatte eingeführt wurde, tut man so, als könne eine gute Schul- oder Berufsausbildung verhindern, dass Jugendliche ohne Arbeitsplatz bleiben. Bildung ist jedoch keine Wunderwaffe im Kampf gegen die Armut, denn wenn sie alle Kinder und Jugendlichen erhalten, konkurrieren diese am Ende womöglich auf einem höheren Bildungsniveau, aber nicht mit besseren Chancen um fehlende Lehrstellen und Arbeitsplätze. Dann gibt es zwar mehr Taxifahrer mit Abitur oder Hochschulabschluss, aber nicht weniger Arme.
  14. Als der SPD-Vorsitzende Kurt Beck in einem am 8. Oktober 2006 veröffentlichten Interview eher beiläufig den Begriff „Unterschichten“ fallen ließ und Zwischenergebnisse einer Studie „Gesellschaft im Reformprozess“ bekannt wurden, in welcher der Terminus „abgehängtes Prekariat“ vorkommt, entdeckte die Öffentlichkeit nach Jahrzehnten wieder das sonst fast nur in der Vorweihnachtszeit behandelte Thema „Armut“. Statt eines Paradigmen- bzw. Politikwechsels löste dieser Umstand ideologisch motivierte Abwehrreflexe aus: Entweder wurde der einzelne Betroffene für seine Misere verantwortlich oder der Sozialstaat zum Sündenbock gemacht.

15. Armut und Reichtum sind keine unsozialen Kollateralschäden der Globalisierung, sondern im bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem funktional. So hat die Große Koalition vor dem Jahreswechsel 2008/09 eine Erbschaftsteuerreform verabschiedet, die einen verteilungspolitischen Skandal ersten Ranges darstellt, weil sie Reiche und Superreiche begünstigt. Kindern von Familienunternehmen wird die betriebliche Erbschaftsteuer erlassen, sofern sie die Firma zehn Jahre lang fortführen und die Lohnsumme konstant bleibt.
16. Damit wird die Spaltung in Arm und Reich nicht bloß zementiert, sondern auch verschärft. In kaum einem Industriestaat ist die Erbschaftsteuer so niedrig und das Finanzaufkommen daraus so gering wie hierzulande (ca. 4 Mrd. EUR pro Jahr). Während die Große Koalition deutschen Unternehmerdynastien wie Burda, Oetker oder Quandt/Klatten (BMW) Steuergeschenke in Milliardenhöhe macht, bittet sie Geringverdiener/innen samt ihrem Nachwuchs seit dem 1. Januar 2007 stärker als vorher zur Kasse: Die Anhebung der Mehrwert- und Versicherungssteuer von 16 auf 19 Prozent trifft tagtäglich besonders jene Familien hart, die praktisch ihr gesamtes Einkommen in den Konsum stecken (müssen).
17. Reichtumsmehrung statt Armutsverringerung – so lautete das heimliche Regierungsprogramm der Großen Koalition, bei dessen Durchsetzung sich die CSU – durch die FDP angefeuert – besonders hervortat, während die SPD zögerte und zauderte, aber letztlich immer zustimmte. Obwohl ein Regierungsbündnis der großen „Volksparteien“ seiner Konstruktion wie der unterschiedlichen programmatischen Tradition aller Beteiligten nach den Eindruck vermittelt, als ob sämtliche Bevölkerungsschichten mit ihren spezifischen Interessen angemessen repräsentiert seien, machten CDU, CSU und SPD eine Steuerpolitik nach dem Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben.
18. Weniger großzügig zeigten sich CDU, CSU und SPD gegenüber den Armen: Als die Koalition beschloss, ab dem 1. Januar 2009 das Kindergeld für das erste und zweite Kind um 10 EUR und ab dem dritten Kind um 16 EUR pro Monat zu erhöhen, einigte man sich auf Initiative der SPD gleichzeitig darauf, für die Kinder von Hartz-IV-Bezieher(inne)n, die nicht in den Genuss des höheren Kindergeldes kommen, weil es voll auf ihre Transferleistung angerechnet wird, ein „Schulbedarfspaket“ in Höhe von 100 EUR pro Schuljahr zu schnüren. Es sollte nach dem *Familienleistungsgesetz* allerdings nur bis zur 10. Klasse gewährt werden. CDU und CSU hatten auf dieser Begrenzung bestanden, weil die SPD ihrem Wunsch nach Steuerprivilegien für Eltern, deren Kinder auf Privatschulen gehen, nicht entsprach. Erst nach öffentlicher Kritik verständigten sich die Koalitionäre darauf, den Gesetzestext nachzubessern und auch Oberstufenschüler/innen und Vollzeit-Berufsschüler/innen sowie die Kinder von Geringverdiener(inne)n in den Genuss des „Schulbedarfspaketes“ kommen zu lassen, das jedoch den realen Bedarf gar nicht deckt.
19. Nach der Bundestagswahl streben CSU und FDP eine „Regionalisierung“ der Erbschaftsteuer an: Diese soll von den einzelnen Bundesländern selbst geregelt und dabei im Sinne eines „Wettbewerbsföderalismus“ unterschiedlich gestaltet werden können. Dies hätte zur Konsequenz, dass ein reiches Bundesland wie Bayern niedrigere Sätze und/oder höhere Freibeträge einführt,

wodurch noch mehr Reiche und Superreiche veranlasst würden, sich dort niederzulassen. Am Ende stünde eine Bundesrepublik, deren Steuerlandschaft einem Flickenteppich gliche und die auch sozialräumlich noch tiefer in Arm und Reich gespalten wäre als jetzt.

20. Zu den Folgen der gegenwärtigen Weltfinanzwirtschaftskrise dürften eine auf Rekordniveau steigende Arbeitslosigkeit, die zunehmende Verelendung von Millionen Menschen, eine dramatische Verschuldung aller Gebietskörperschaften des Staates, d.h. „öffentliche Armut“ in einem ungeahnten Ausmaß gehören. Gleichzeitig wird sich der Reichtum noch stärker bei wenigen Kapitalmagnaten, Finanzinvestoren, Investmentbankern und Großgrundbesitzern sammeln, wenn man dem nicht energisch entgegensteuert.
21. Während die das Krisendebakel wesentlich mit verursachenden Hasardeure und Spekulanten durch einen „Rettungsschirm“ aufgefangen werden, müssen die Mittelschicht, Arbeitslose und Arme jene Suppe, die Banker und Börsianer der gesamten Bevölkerung eingebrockt haben, vermutlich einmal mehr auslöffeln. Wenn die privaten Banken den für sie bürgenden Staat zur Kasse bitten und ihn die Firmenerben immer weniger mitfinanzieren, wird für die sozial Benachteiligten und die Bedürftigen kaum noch Geld übrig bleiben. Zusammen mit der im *Grundgesetz* verankerten „Schuldenbremse“ führen Bürgschaften und Kredite in Milliardenhöhe zu überstrapazierten Haushalten, wodurch sich „Sparmaßnahmen“ natürlich eher als sonst legitimieren lassen.
22. Aufgrund der härteren Verteilungskämpfe um die knappen Finanzmittel des Staates dürfte das soziale Klima hierzulande erheblich rauer werden. Bereits seit geraumer Zeit mehren sich die Anzeichen für eine „härtere Gangart“ gegenüber den Armen. Denn mit der US-Amerikanisierung des Sozialstaates durch die sog. Hartz-Gesetze geht womöglich nicht nur eine US-Amerikanisierung der Sozialstruktur (Polarisierung von Arm und Reich sowie Pauperisierung großer Teile der Bevölkerung und Prekarisierung der Lohnarbeit), sondern auch eine US-Amerikanisierung der (sozial)politischen Kultur einher.
23. Unter den Konzepten zur Armutsbekämpfung sticht das bedingungslose Grundeinkommen hervor. Dabei handelt es sich um eine alternative Leistungsart, die mit der Konstruktionslogik des bestehenden, früher als Jahrhundertwerk gefeierten Wohlfahrtsstaates bricht sowie seine ganze Architektur bzw. Struktur zerstören würde. Wenn (fast) alle bisherigen, zum Teil nach Bedürftigkeit gewährten Transferleistungen zu einem Grundeinkommen verschmolzen würden, wäre das Ziel neoliberaler Reformer, einen „Minimalstaat“ zu schaffen und die Sozialversicherungen zu zerschlagen, ganz nebenbei erreicht, was sich noch dazu als Wohltat für die Bedürftigen hinstellen ließe.
24. Gleichzeitig böte die Refinanzierung des Grundeinkommens über indirekte, d.h. Konsumsteuern einen Hebel, um die Unternehmenssteuern weiter zu senken und am Ende abzuschaffen. Was vielen Menschen als reformpolitischer Königsweg erscheint, entpuppt sich als Sackgasse: Letztlich würde ein bedingungsloses Grundeinkommen als „Kombilohn“ für alle Bürger/innen wirken, weil niedrige Arbeitseinkommen generell aufgestockt würden. Da ihr Existenzminimum durch das

Grundeinkommen gesichert wäre, könnten dessen Bezieher/innen noch schlechter entlohnte Jobs annehmen, wodurch den Unternehmen mehr preiswerte Arbeitskräfte zur Verfügung stünden.

25. Anstatt das bestehende Sozialversicherungssystem durch ein bedingungsloses Grundeinkommen aus den Angeln zu heben, könnte man es zu einer solidarischen Bürgerversicherung ausbauen, die alle Wohnbürger/innen einbezieht und durch eine Sockelung der Leistungen im Sinne einer bedarfsorientierten Grundsicherung verhindert, dass Menschen durch die Maschen des „sozialen Netzes“ fallen. Sie müsste armutsfest, bedarfsdeckend und repressionsfrei sein.

*Prof. Dr. Christoph Butterwegge*, geb. 1951, lehrt seit 1998 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

## Christoph Butterwegge

### **Armut in einem reichen Land**

Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird

Frankfurt am Main/New York (Campus Verlag) 2009; ISBN-Nr. 978-3-593-38867-0;

380 Seiten, Ladenverkaufspreis: 24,90 EUR

Bestellungen entweder über den Buchhandel oder über den Verlag: Campus Verlag, Kurfürstenstr. 49, 60486 Frankfurt am Main